

Vorlage Nr. VI/52/2012
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 1

GEWOS-Untersuchung zu den Chancen für den Wohnstandort Bremerhaven

A Problem

Im Zusammenhang mit den Planverfahren für den Offshore-Terminal Bremerhaven und den vorgelagerten Gewerbeflächen ist von PROGNOSE eine regionalwirtschaftliche Untersuchung im Auftrag von Bremenports angefertigt worden. Diese Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass unter mittleren Annahmen bis 2040 mit 7.100 Beschäftigten und 2.100 „Neubürgern“, unter optimistischen Annahmen sogar mit 14.100 Beschäftigten und 4.900 „Neubürgern“ gerechnet werden kann.

Die Bauverwaltung und die Arbeitsgemeinschaft „Wohnen“ der 5 ehemaligen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften im Lande Bremen haben sich daraufhin entschlossen, das Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GEWOS aus Hamburg mit einer Untersuchung zu beauftragen, aus der hervorgeht, mit welchem Neubaubedarf in den verschiedenen Segmenten der Wohnungswirtschaft zu rechnen ist.

B Lösung

Die Untersuchung liegt vor. Sie kommt bei dem optimistischen Szenario zu einem Neubaubedarf von jährlich 18 bis 30 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern und 26 bis 46 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Die angegebene Spannweite hängt davon ab, wie viele Wohnungen im Bestand neuwertig saniert werden.

Die Stadt Bremerhaven sollte ein großes Interesse daran haben, möglichst viele neue Beschäftigte der Offshore-Industrie als Bürger an die Stadt zu binden. Dazu ist es einerseits erforderlich, ein entsprechendes Wohnungsangebot bereitzustellen, andererseits sollten gezielte Marketing-Maßnahmen ergriffen werden.

Im Hinblick auf die Entwicklung des Wohnungsangebotes sollte die Bauverwaltung aufgefordert werden, für ein 5-Jahres-Programm geeignete Standorte vorzuschlagen.

C Alternativen

Keine

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche / Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen / Genderprüfung

Für die Entwicklung von Standortvorschlägen für neue Wohnungen entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Die Kosten für das GEWOS-Gutachten werden zu 50 % von der AG Wohnen getragen.

Personalwirtschaftliche Auswirkungen bestehen nicht.

Negative Auswirkungen auf die Klimaschutzziele bestehen nicht.

Für eine Gleichstellungsrelevanz gibt es keine Anhaltspunkte.

E Beteiligung / Abstimmung

Dezernat I, STÄWOG, der Bau- und Umweltausschuss wird am 21.06.2012 mit einer gleichlautenden Vorlage befasst.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Wird durch das Dezernat VI vorgenommen. Es besteht eine Veröffentlichungspflicht.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat nimmt die GEWOS-Untersuchung zu den Chancen für den Wohnstandort Bremerhaven zur Kenntnis und bittet die Bauverwaltung Wohnstandorte für ein Fünfjahresprogramm vorzuschlagen.

gez. Grantz
Oberbürgermeister

gez. Holm
Stadtrat

Anlage: GEWOS-Untersuchung